

## NACHRICHTEN

**Graubünden:  
Kredit für Ski-WM  
verworfen**

CHUR: In Graubünden ist der Kantonsbeitrag von sieben Millionen Franken an die Alpine Ski-WM 2003 in St. Moritz überraschend verworfen worden. Die andern drei Vorlagen, darunter die Beschränkung des Riverraftings, wurden genehmigt. Der Ski-WM-Kredit wurde mit 22 204 zu 21 421 Stimmen bei einer Beteiligung von 35,7 Prozent abgelehnt. Von den sieben Millionen Franken waren 5,5 Millionen Franken zur Durchführung der Weltmeisterschaft vorgesehen, 1,5 Millionen Franken als Defizitgarantie. Das WM-Budget rechnet mit Ausgaben von total 77 und Einnahmen von 60 Millionen Franken. Das kantonale Einführungsgesetz über die Binnenschiffahrt passierte mit 30 840 zu 9362 Stimmen bei 33,9 Prozent Beteiligung. Laut dem Gesetz werden professionelle und bewilligungspflichtige Schlauchboot-Fahrten mit ausgebildeten Führern aus Gründen des Naturschutzes auf die Zeit vom 15. Mai bis Ende September beschränkt.

**St. Gallen: Ja zur  
Mittelschule Wil**

ST. GALLEN: Die St. Galler Stimmberechtigten haben dem Bau einer neuen Mittelschule in Wil und der Sanierung der Kantonsschule Burggraben in St. Gallen zugestimmt. Angenommen wurde auch die Kantonalisierung der Berufsschulen. Die Resultate fielen deutlich aus: Mit 78 310 zu 35 994 Stimmen wurde der Neubau in Wil angenommen. 81 267 zu 32 911 Stimmen lautete das Resultat für die Sanierung in St. Gallen. Die Kantonalisierung der Berufsschulen wurde mit 84 942 zu 25 999 Stimmen angenommen.

**Ohrfeigen für die  
St.Galler CVP**

ST. GALLEN: Schlappen en masse für die CVP bei den Exekutivwahlen in die St. Galler Gemeinden: In der Stadt St. Gallen, in Wil, Gossau und Rorschach musste die CVP empfindliche Niederlagen hinnehmen. In der Stadt St. Gallen wurde CVP-Kandidat Joe Keel nicht in den Stadtrat gewählt. In Wil und Rorschach verpassten die bisherigen CVP-Stadtpäsidenten Josef Hartmann (Wil) und Marcel Fischer (Rorschach) ihre Wiederwahl. In Gossau entschied das Volk zu Gunsten eines Parteilosens statt der Empfehlung der CVP auf «Nichtwahl» zu folgen. In der Stadt St. Gallen ist ein zweiter Wahlgang nötig. Von den nicht Gewählten erzielte SP-Kandidatin Elisabeth Beéry die höchste Stimmenzahl, gefolgt von Hans M. Richle (SVP) und Joe Keel (CVP) sowie dem parteilos Einzelkämpfer Franz Duss. Im Wil schaffte CVP-Stadtpäsident Josef Hartmann seine Wiederwahl nicht. Der von der SVP portierte CVP-Mann Bruno Gähwiler erzielte mehr Stimmen als das bisherige Stadtoberhaupt.

# Energievorlagen bachab geschickt

Dreimal «Nein» zu den Energieabgaben: Initianten enttäuscht - Gegner zufrieden

BERN: Keine der Energieabgaben fand Gnade beim Souverän. Der «Solar-Rappen» wurde ebenso abgelehnt wie die Förderabgabe und die Energielenkungsabgabe. Die Initianten verlangen eine rasche Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, die Gegner äusserten sich erfreut über das klare Resultat.

Die Solar-Initiative wurde mit 68,8 Prozent verworfen. Weniger deutlich war das Nein zur Förderabgabe mit 53,9 Prozent und zur Energielenkungsabgabe mit 55,8 Prozent Nein. Einzig die Kantone Zürich, Basel-Stadt und Graubünden stimmten der Förderabgabe und der Energie-Lenkungsabgabe zu, wie es Bundesrat und Parlamentsmehrheit empfohlen hatten. Genf und Bern stimmten nur der Förderabgabe zu. Die ökologische Steuerreform rückt damit in weite Ferne.

**Rasche Umsetzung des  
CO<sub>2</sub>-Gesetzes**

Die Ablehnung der Vorlagen sei auf den Ölpreisschock der letzten Zeit und die «massive und teils unwahre Kampagne des Vororts und der Atomlobby» zurückzuführen, schreibt das Komitee «3 mal Ja zu den Energievorlagen». Weiter habe das neue Verfahren mit Stichentscheidung die Abstimmung erschwert.

Die Schweizer Energiepolitik sei nun erneut blockiert, der Klimaschutz auf die lange Bank geschoben und die Wasserkraft in einer schwierigen Lage. Immerhin aber wünsche eine starke Minderheit von 46 Prozent



Katerstimmung bei den Initianten der Energievorlage. So wie ihre Werbeschrift «Sonnenklar» am Boden liegt, so sank auch die Stimmung nach Bekanntwerden der Resultate auf den Nullpunkt. (Bild: Keystone)

ein zusätzliches Engagement des Bundes bei den einheimischen Energien. Ein neuer Förderbeschluss müsse dem entgegenkommen, forderte das von Ständerat Eugen David (CVP/SG) präsidierte Komitee.

Die SP Schweiz bedauert, dass der Souverän die Energiewende verpasst hat. Nur so wäre ein Ausstieg aus der Atomenergie und die Unabhängigkeit von fossiler Energie möglich geworden. Die gegen neue Steuern gerichtete Kampagne der Wirtschaft und des Freisins habe Früchte getragen, sagte SP-Mediensprecherin Ursula Dubois zum dreifachen

Nein. In einem Communiqué schreibt die Partei von einer «Lügenkampagne des Vororts».

Die Wirtschaft und die bürgerlichen Parteien hätten im Vorfeld auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz verwiesen. Nun seien sie beim Wort zu nehmen – die CO<sub>2</sub>-Abgabe müsse bis 2004 eingeführt werden. Immerhin habe fast die Hälfte der Stimmenden den Gegenorschlag des Parlaments mit der Förderabgabe unterstützt, sagte SP-Sprecherin Dubois.

**Freude und Genugtuung**

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) hat das dreifache Nein zu den Energievorla-

gen mit «Freude und Genugtuung» zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis zeige «unmissverständlich, dass das Schweizer Volk neuen Steuern nicht zustimmen mag». Und dies auch dann nicht, wenn «sie unter dem Deckmantel des Umweltschutzes daherkommen», schreibt der SGV in einem Communiqué. Mit der Ablehnung der Energievorlagen sei der Wirtschaft – insbesondere dem Gewerbe – «schwerwiegende Nachteile erspart geblieben».

Die ökologische Steuerreform sei für längere Zeit vom Tisch, sagte Bundestat Moritz Leuenberger.

**Die Resultate**

Alle drei Energievorlagen sind am absoluten Mehr und am Ständemehr gescheitert.

Solarinitiative: 636 454 Ja, 1 363 746 Nein, Stimmbeteiligung 43,6 Prozent.  
Gegenentwurf: 921 292 Ja zu 1 055 796 Nein, Stimmbeteiligung 43,5 Prozent.

Bei der Stichfrage lautet das Resultat: 570 102 für die Solarinitiative und 1 079 307 für die Förderabgabe.

Energielenkungsabgabe: 897 602 Ja, 1 119 257 Nein, Stimmbeteiligung 43,7 Prozent.

## Gegen starre Regelung

Der 18-Prozent-Initiative massive Abfuhr erteilt

BERN: Die angepeilte Begrenzung der ausländischen Wohnbevölkerung auf 18 Prozent hat beim Souverän keine Chance. Während sich der Initiant, der Aargauer FDP-Grossrat Philipp Müller, enttäuscht zeigte, äusserten sich andere Politiker und Vertreter von Hilfswerken erfreut über den Abstimmungsausgang.

Dass die Initiative nicht gewinnen konnte, sei voraussehbar gewesen, erklärte Müller. Als Gründe nennt er die weit höheren Mittel, die den Gegnern zur Verfügung gestanden seien, die wirtschaftlich prosperierende Zeit, in der abgestimmt worden ist, sowie die momentane Beruhigung im Asylbereich.

Sein Ziel seien 40 Prozent Ja-Stimmen gewesen. Dies sei nicht eingetroffen – ebensowenig wie ein «Totalabsturz», was bei weniger als 30 Prozent der Fall gewesen wäre. Müller betont jedoch, dass das Parlament die gewichtige Minderheit, die eine andere Ausländerpolitik will, bei der Ausarbeitung des neuen Ausländergesetzes berücksichtigen müsse.

**Freude über klare Abfuhr**

Die CVP hat sich über die deutliche Abfuhr der Zuwanderungs-Initiative sehr erfreut gezeigt. Eine starre Quote könne Einwanderungs- und Integrationsprobleme nicht lösen. Die Partei unterstütze die Stossrich-



Die Schweizerin PASCAL ALTENBURGER nahm am Wochenende in Bern an der Abstimmung teil. (Bild: Keystone)

tung des neuen Ausländergesetzes des Bundesrats. Das Gesetz enthalte eine klare Umschreibung der Zulassungsvoraussetzungen. Weitere Massnahmen

sollten den Missbrauch des geltenden Rechts verhindern. Daneben müsse auch eine schnellere und bessere Integration angestrebt werden.

**«Nein» beim konstruktiven  
Referendum wenig überraschend**

BERN: Die Volksrechte in der Schweiz werden nicht um ein konstruktives Referendum ergänzt. Das Verdict der Stimmenden überrascht weder die Befürworter noch Gegner – mit einem Nein war alles haben gerechnet worden.

Auch SP-Nationalrat und Co-Präsident des Befürworter-Komitees Andreas Gross erwartete eine Niederlage. Doch «das Ausmass depressiert mich schon etwas», sagte Gross auf Anfrage. Die Menschen trauten sich nicht zu, die Politik selber zu gestalten.

Die «bürgerliche Welt» habe sich der Idee völlig verschlossen und die Diskussion verweigert. «Die Bürger wurden nicht ermutigt, sich mit der Sache auseinander zu setzen», erklärte Gross. Die Initiative sei überdies im Schatten der übrigen Vorlagen gestanden.

**Parteien schuld?**

Alt-Bundesrat Otto Stich bedauert, dass sich die Parteien überhaupt nicht um die Initiative gekümmert hätten. Das Komitee der Befürworter, dem er angehört, habe auf verlorenem Posten gestanden. «Niemand wollte sich um die Demokratie kümmern».

Bei den Grünen gesteht man ein, dass das Anliegen der direkten Demokratie nicht über die politische Linke hinaus getragen werden könnte. Für die

Fraktionschefin der Grünen, Nationalrätin Cécile Bühlmann (LU), ist aber klar, dass das Parlament früher oder später auf eine Revision der Volksrechte zurückkommen muss.

**Zufriedene Gegner**

Die Gegner der Vorlage zeigten sich über das klare Verdict zufrieden. Für die Co-Präsidentin des Gegner-Komitees Doris Vallender (FDP/AR), beweist der Entscheid Vertrauen ins Parlament, das «besser geeignet ist, kohärente Gesetze und tragfähige Politik zu machen». Das Nein zur links-grünen Initiative sei eine Absage an Einzelinteressen.

Auch für CVP-Präsident Adalbert Durrer ist das Nein ein «sehr befriedigendes Resultat». Es sei verlockend gewesen, die Vorlage anzunehmen, um so an Gesetzesvorlagen zu schrauben und ungeliebte Punkte herauszupicken. Eine Annahme wäre ein Rückschlag gewesen und hätte die Kohärenz des ganzen Prozesses in Frage gestellt.

Für FDP-Sprecher Guido Sommer hat das Volk mit seinem klaren Nein die Gefahr einer «Demokratie à la carte» erkannt. Die Mehrheit der Stimmenden wolle keine Teilrevision der Volksrechte. Diese müssten vielmehr in einer Gesamtschau überdacht werden.